

Freiheit für Mustafa Çelik!

Weg mit dem Verbot der PKK!

Mustafa Çelik ist Linker, Kurde, Aktivist. Seit Jahren setzt er sich für die Demokratisierung der Türkei und eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts ein. Derzeit wird er vor einem Gericht in Celle angeklagt, Mitglied der Arbeiter*innenpartei Kurdistans (PKK) zu sein.

Bezeichnenderweise wird Mustafa nicht vorgeworfen, in Kurdistan gekämpft oder sonst wie Gewalt angewendet zu haben. Stattdessen soll er Bildung, Proteste gegen den Krieg in Kurdistan oder Treffen in Kulturvereinen und Privatwohnungen organisiert haben. Auch sein Engagement für die Demokratische Partei der Völker (HDP) im Wahlkampf 2015 wird von der Staatsanwaltschaft als Beleg für seine Mitgliedschaft in der PKK gesehen. Dies reicht der Staatsanwaltschaft Mustafa (nach § 129b Strafgesetzbuch) als „Terroristen“ anzuklagen.

Der Prozess findet unter hohen Sicherheitsauflagen statt; Zuschauer*innen werden einzeln durchsucht und dürfen nicht einmal Kugelschreiber mit in den Gerichtssaal nehmen. Eine Kommunikation mit Mustafa wird streng unterbunden, sogar ein „Hallo, wie geht es dir heute?“ soll nicht gewechselt werden.

Am ersten Prozesstag hat Mustafa erklärt, dass er das Verfahren gegen sich nicht losgelöst vom Krieg in Kurdistan und der Haltung Europas und der BRD sehe. Er appellierte an das Gericht, die Verbrechen des türkischen Staats und des „Islamischen Staats“ (IS) nicht nur zu verurteilen, sondern daraus Konsequenzen zu ziehen. Europa dürfe nicht länger tatenlos zusehen, sondern müsse seiner Verantwortung für einen Frieden in der Region nachkommen.

Offensichtlich macht sich die Bundesregierung an den Verbrechen des AKP-Regimes mitschuldig. Sie schweigt nicht nur zu den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, den Angriffen auf die Presse- und Meinungsfreiheit und die Zerschlagung der Demokratischen Autonomie in Kurdistan; mehr noch: sie unterstützt durch den EU-Türkei Deal sogar den Krieg in Kurdistan und gegen Menschen auf der Flucht nach Europa, maßregelt Erdoğan-kritische Stimmen, wie den Satiriker Jan Böhmermann, und verfolgt auch selbst kurdische und türkische

Aktivist*innen.

Ähnlich wie Mustafa geht es derzeit zehn Aktivist*innen der Konföderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Europa (ATIK). Ihnen wird zur Last gelegt, Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) zu sein. Konkrete Handlungen werden ihnen nicht vorgeworfen, bloß Mitgliedschaft in einer Organisation: die TKP/ML soll „terroristisch“ sein, ist in der BRD jedoch nicht einmal verboten!

Neben Mustafa sind bislang 16 kurdische Aktivisten von der Strafverfolgung nach § 129b StGB betroffen. Hiervon sind acht bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die jeweiligen Vorwürfe sind dabei nahezu identisch. Anfang Juni wird ein weiteres sog. „§129b-Verfahren“ in Celle eröffnet.

Um der Ausgrenzung und Spaltung des Staates gegen linke Aktivist*innen etwas entgegenzusetzen, haben wir – kurdische, türkische und deutsche Gruppen – das Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover ins Leben gerufen. Den Prozess gegen Mustafa Çelik werden wir kritisch begleiten und den Genossen nicht allein lassen. Wir rufen dazu auf, das gemeinsam mit uns zu tun. Kommt zu den öffentlichen Gerichtsverhandlungen, berichtet darüber und protestiert dagegen!

Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover, Mai 2016

Die Verhandlungen finden jeweils um 9.15 Uhr am OLG Celle statt (Saal 94, Schlossplatz 2, Eingang Kanzleistraße). Termine sind am 13.05., 17.05., 20.05., 24.05., 27.05., 03.06., 07.06., 10.06., 14.06., 17.06., 21.06., 24.06., 28.06., 01.07. und 05.07.

Für eine Anreise vom Hannover Hbf bietet sich die S-Bahn um 8.04 Uhr an.

Fortlaufende Infos zu allen § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen:

<https://freiheit.blackblogs.org>

Bei Interesse oder Nachfragen erreicht ihr uns unter [NAV-DEM_Hannover \[at\] posteo.de](mailto:NAV-DEM_Hannover@posteo.de)

